

Von Sarah E. Mendelson und Theodore P. Gerber

MITTE DER 90er-Jahre gingen viele im Westen davon aus, dass die ältere Sowjetgeneration bald von einer jüngeren prowestlichen und prodemokratischen Generation ersetzt werden würde. Das schien dem natürlichen Lauf der Dinge zu entsprechen, so wie die Schwerkraft oder im Winter der Schnee. Was die russische Jugend von heute betrifft, herrscht eine ähnlich gängige Meinung: iPods, Caffè Latte, Skateboards und andere Artefakte der westlichen Konsumkultur würden sich in den Wunsch nach unabhängigen Medien, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten übersetzen.

Unsere landesweiten repräsentativen Umfragen unter 16 bis 29 Jahre alten Russen aus dem Frühjahr 2005 und Frühjahr 2007 sprechen eine andere Sprache: Die meisten jungen Menschen sind von Präsident Wladimir Putins ideologischer Plattform begeistert. Diese jungen Leute, zwischen 1976 und 1991 geboren, werden treffend „Generation Putin“ genannt. Statt sich internationale Menschenrechte und Demokratie zu eigen zu machen, neigen junge Russen dazu, die von Putin verkörperten Werte und Ziele zu übernehmen. Westlichen Beobachtern macht Russlands Entwicklung zunehmend Sorgen, die jungen Russen jedoch äußern in immer größerer Zahl ihre Zustimmung für den Kurs des Kremls. Im Jahr 2005 glaubten 45 Prozent Russland „auf dem rechten Weg“, während 44 Prozent anderer Meinung waren. 2007 hatten die Befürworter (mit 56 Prozent) eine solide Mehrheit, während weniger als drei von zehn Befragten noch anderer Meinung waren.

So wie die Jugend Designer-Sonnenbrillen kauft und sich Musik aus dem Internet herunterlädt, kauft sie auch das vom Kreml vertretene nationale Konzept, das sich auf eine künstlich erzeugte Sowjetnostalgie stützt. So ist sich eine überwältigende Mehrheit darin einig, dass der „Kollaps der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ war. Erstmals im April 2005 in einer Rede zur Lage der Nation von Putin formuliert, ist diese Einschätzung inzwischen so weit verbreitet, dass junge Russen sie mit Reportern aus

„Der Westen und insbesondere die USA müssen wieder für Gerechtigkeit stehen“

dem Westen unbefangen diskutieren. Ein weiterer Aspekt der Sowjetnostalgie ist das ambivalente Verhältnis zu Josef Stalin. Beide Umfragen ergaben, dass eine Mehrheit der Ansicht ist, dass der Diktator „mehr Gutes als Schlechtes“ getan hätte. Verstörende Ergebnisse wie diese spiegeln fraglos den Versuch des Kremls, die Sowjetgeschichte umzuschreiben, den Tod von Millionen von Zivilisten zu leugnen oder herunterzuspielen und die Erinnerung an die Geschichte zu löschen. Vorgehensweisen wie diese befördern Russlands Entwicklung zum autoritären Staat.

Strategien in den Vereinigten Staaten und Europa müssen ihre Russlandpolitik auf ein Russland ausrichten, wie es heute existiert, und nicht auf eines, das sie nach dem Kollaps der Sowjetunion hoffen entstehen zu sehen. Der Traum von einem in die euroatlantische Gemeinschaft eingebetteten Russland ist ausgeträumt, zumindest für den Moment. Das heißt nicht, dass wir jene Russen, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, sich selbst überlassen sollten. Vielmehr gilt es nun herausfinden, wie man die demokratische Minderheit in Russland am besten unterstützt. Zu ihr zählen die etwa 30 Prozent junger Russen, die nicht glauben, dass sich Russland „auf dem rechten Weg“ befindet. Was können wir für sie tun?

Zum einen muss der Westen wieder für Gerechtigkeit stehen. Der Westen und insbesondere die USA müssen die Menschenrechte verteidigen, statt sie zu verletzen. Unsere Umfrage von 2007 untersuchte, inwieweit junge Russen Foltrevorwürfen gegen die amerikanischen Behörden Glauben schenken. Jene, die das taten, waren bezeichnenderweise in höherem Maß antiamerikanisch eingestellt. Auch wenn diese Korrelation noch keine Kausalbeziehung beweist, so steht sie doch im Einklang mit der These, dass die Aushöhlung des Images der Vereinigten Staaten als Leuchtturm der Gerechtigkeit den autoritären Wandel in Russland ermöglicht hat. Mag das auf den ersten Blick auch nichts mit Amerikas Russlandpolitik zu tun haben, so könnte ein neuer Umgang mit Terrorverdächtigen den angerichteten Schaden doch verringern.

Ebenso müssen die Vereinigten Staaten und Europa ihre Menschenrechtsmaschinerie auf Vordermann bringen. Auf der internationalen Bühne hat die russische Regierung Strategien des „Teilens und Herrschens“ angewandt, um die Verurteilung eklatanter Menschenrechtsverletzungen in Birma und Darfur zu verhindern und, innerhalb Russlands, die Wahlbeobachtung durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu blockieren.

Obwohl die russischen Parlamentswahlen im Dezember von schamlosen Verstößen der russischen Behörden gegen die Prinzipien gleicher und freier Wahlen überschattet waren, wurde Putin vom französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und dem früheren britischen Premier Tony Blair nach dem Wahlsieg telefonisch beglückwünscht. Vorkommnisse wie diese legen nahe, dass zumindest manche europäische Politiker keine Ahnung davon haben oder dass es ihnen egal ist, mit welchen Bedrohungen Menschenrechtsaktivisten und Journalisten im heutigen Russland konfrontiert sind.

Unterstützung für die demokratische Minderheit sollte sich auch in der Form äußern, dass junge Russen gefragt werden, welche Art von westlichem Engagement sie sich wünschen. Die Mittel, die die Vereinigten Staaten und Europa zur Verfügung stellen, müssen in Beziehung stehen zu den Bedürfnissen im Lande. Unsere Umfragen zeigen, dass junge Russen eine neutrale oder sogar positive Einstellung haben zu ausländischer Finanzhilfe im Gesundheitsbereich, etwa bei der HIV-Prävention. Auch wenn es um Fragen von Misshandlungen durch die Polizei oder Menschenrechtsverletzungen geht, ist Unterstützung willkommen. Abgelehnt werden hingegen ausländische Gelder, die politischen Organisationen zugutekommen, die zum Beispiel gegen die Regierung protestieren.

Westliche Politiker werden Mittel und Wege finden müssen, die Wünsche der Russen zu respektieren, während sie gleichzeitig Maßnahmen der russischen Regierungen, die internationalen Abkommen und Gesetzen widersprechen, mit gebührender Standhaftigkeit begegnen. Europas Entscheider sollten mit der nächsten US-Administration zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass der Einsatz für die Menschenrechte und die Propagierung von Demokratie einander verstärken. Eines Tages wird eine Generation nach Putin Russland als nicht so ganz anders als Europa begreifen. Vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, wäre das ein Fortschritt.

■ Sarah E. Mendelson leitet die Menschenrechts- und Sicherheitsinitiative am Center for Strategic and International Studies in Washington D.C. Theodore P. Gerber ist Professor für Soziologie an der University of Wisconsin-Madison. Dieser Beitrag ist ein Auszug aus ihrem Artikel „Sie und wir: antiamerikanische Einstellungen der Putin-Generation“, der im Frühjahr 2008 in der Zeitschrift „Washington Quarterly“ erscheinen wird.

Aus dem Englischen von Wieland Freund und Daniel Eckert



Junge Frauen der Moskauer Oberschicht beim Debütantinnenball



Jugendlicher Gefangener im berühmten Gefängnis „Weißer Schwan“ im Süden des Landes

Die Generation Putin

Russlands Jugend liebt Skateboards, iPods und Partys. Gleichzeitig unterstützt aber die Mehrheit von ihnen Putins Ideologie und lobt Stalin. Wie sollte der Westen jungen Russen begegnen?



Traditionelles Winterlager in der Tundra der Jamal-Halbinsel in Nordwestsibirien



Junge Russinnen im Nachtclub „Infiniti“ in Moskau. In Kleidung und Stil orientieren sie sich am Westen



Liebespaar auf dem Oktoberplatz in der russischen Hauptstadt



Junger Kadett vor einem Werbeplakat



Mitglied der Neonazi-Organisation Slawischer Bund



Kinder feiern auf dem Roten Platz ihren Beitritt zur Kommunistischen Jugendliga

Oligarch Der russische Finanzmanager Beresowski prägte den Begriff in den 90er-Jahren für ein halbes Dutzend der reichsten Russen, die neben wirtschaftlicher auch über politische Macht verfügten. Die Oligarchen gelten als die Schuldigen für Russlands chaotische Privatisierung. Kremlchef Putin nährt die Mär, er habe mit ihnen aufgeräumt. Tatsächlich stiegen Abramowitsch oder Deripaska in den letzten acht Jahren in die oberste Liga der Milliardäre auf.

Pozeluj (Kuss) Seine spezielle russische Ausprägung ist der Bruderkuss, bei dem sich heterosexuelle Männer auf die Lippen küssen. Wird teilweise heute noch praktiziert. „Der Kuss, nicht für die Presse“ ist eine filmische Eloge an das Ehepaar Putin, insbesondere an Gattin Ljudmila, die stets zu ihrem Gatten steht und dessen Karriere vom Geheimdienstoffizier zum Präsidenten Russlands unterstützt, indem sie eigene Wünsche dem großen Ziel unterordnet.

PRSchD – Rossijskije Schelsnyje Dorogi (Russische Eisenbahn) Bei den RSchD sind etwa 1,3 Millionen Menschen beschäftigt. Das Streckennetz umfasst etwa 85 500 Kilometer. Chef ist der Putin-Intimus Wladimir Jakunin. Mit über 630 000 Güterwaggons hat die russische Eisenbahn nach eigenen Angaben den größten Schienepark der Welt. Es ist ja auch das größte Land. Aber nur zwei Drittel der Waggons entsprechen den Anforderungen für den Gütertransport.

C Sowjetskij Sojus (Sowjetunion) Das von Lenin 1924 gegründete kommunistische Imperium, das sich bald über die Grenzen des Zarenreiches hinaus ausdehnte, brach 1991 in sich zusammen. Putin nannte das „die größte geopolitische Katastrophe des 21. Jahrhunderts“, weil sich 25 Millionen Russen über Nacht außerhalb Russlands in den ehemaligen Sowjetrepubliken wiederfanden. Balten und Osteuropäer hingegen fühlten sich befreit.

Tekutschestj (Fluktuation) Zunehmendes Problem für russische Unternehmen. Da die Wirtschaft in den großen Städten boomt, gibt es kaum Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigten können sich nach immer besser bezahlten Arbeitsplätzen umschauen. Loyalität gegenüber dem Unternehmen gibt es selten. Die Arbeitsgesetzgebung räumt den Arbeitnehmern breite Rechte ein, ein Angestellter hat eine Kündigungsfrist von zwei Wochen, und auch die wird oft nicht eingehalten.